



ARBEITSSTELLE AKTIVE BÜRGERSCHAFT  
INSTITUT FÜR POLITIKWISSENSCHAFT  
WESTFÄLISCHE WILHELMS-UNIVERSITÄT MÜNSTER

Karsten Timmer

Vortrag anlässlich der Verleihung des  
Wissenschaftspreises "Aktive  
Bürgerschaft"

Münsteraner Diskussionspapiere zum Nonprofit-Sektor - Sonderband 1  
Münster 2000

# ARBEITSSTELLE

## AKTIVE BÜRGERSCHAFT

### **an der Westfälischen Wilhelms – Universität Münster**

Die Arbeitsstelle Aktive Bürgerschaft an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster ist eine Gemeinschaftsinitiative der Universität und des von genossenschaftlichen Organisationen getragenen Vereins Aktive Bürgerschaft e.V. mit Sitz in Münster.

Im Zuge der breiten nationalen und internationalen Diskussion und Forschung über den Dritten Sektor wird es zunehmend interessant, bürgerschaftliches Engagement in neuen Formen zu fördern. Aufgabe und Zielsetzung der Arbeitsstelle ist die Erforschung bürgerschaftlichen Engagements und gemeinnütziger Organisationen sowie der Transfer von Forschungsergebnissen an interessierte BürgerInnen – dies leistet die Arbeitsstelle Aktive Bürgerschaft durch verschiedene Veranstaltungen und Publikationen.

Die Arbeitsstelle Aktive Bürgerschaft an der Universität Münster bietet mit wechselnden Schwerpunktthemen halbjährlich Tagungen an, die ein offenes Forum für neue Ideen und Initiativen darstellen.

Jährlich wird von der Arbeitsstelle der Wissenschaftspreis „Aktive Bürgerschaft“ ausgelobt. Ausgezeichnet werden hervorragende Dissertationen und Habilitationen der Geistes-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, die sich thematisch mit dem Engagement von Einzelnen, Initiativen oder Organisationen im Dienst der Demokratie und/oder des Gemeinwohls beschäftigen. Der Preis ist mit 2.000 DM dotiert; weiterhin wird die prämierte Arbeit in der Schriftenreihe „Bürgerschaftliches Engagement und Nonprofit-Sektor“ beim Verlag Leske+Budrich veröffentlicht. Die aktuellen Ausschreibungsmodalitäten können jederzeit unter <http://www.uni-muenster.de/Politikwissenschaft> abgerufen werden.

Die Beiträge und Ergebnisse der Tagungen sowie die Arbeiten der Preisträger werden vom Verlag Leske+Budrich in der bereits genannten Schriftenreihe veröffentlicht. Neben den Tagungsbänden erscheint regelmäßig die working paper – Reihe „Münsteraner Diskussionspapiere zum Nonprofit-Sektor“, die die Ergebnisse der Arbeitsstelle dokumentiert.

**Karsten Timmer**

## **Vortrag anlässlich der Verleihung des Wissenschaftspreises ,Aktive Bürgerschaft‘**

Münster, 23. Juni 2000

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist mir eine große Freude und eine ebenso große Ehre, heute den Wissenschaftspreis ‘Aktive Bürgerschaft’ entgegenzunehmen. Ich danke Ihnen für die Anerkennung, die mit dem Preis verbunden ist.

Zugleich verstehe ich den Preis aber auch als eine Anerkennung für mein Untersuchungs‘objekt’. Zusammen mit dem Deutschen Nationalpreis, der vor einigen Wochen dem Neuen Forum verliehen wurde, sehe ich in diesem Wissenschaftspreis ein Zeichen für eine wachsende Aufmerksamkeit für die Bürgerbewegung, die in den letzten zehn Jahren eine erstaunlich marginale Rolle im öffentlichen Bewußtsein der ‘neuen’ Bundesrepublik gespielt hat. Dieses ‘Mauerblümchen’-Dasein im kollektiven Gedächtnis ist für mich nach wie vor eines der größten Rätsel um die stürmischen Ereignisse des Jahres 1989.

Verschiedene Indizien verdeutlichen, daß die historische Leistung der Bürgerbewegung in einem krassen und fast unerklärlichen Mißverhältnis zu ihrer heutigen Bedeutung steht: Obwohl beispielsweise große Teile der kommunalen Eliten in Ostdeutschland ihre politische Sozialisation im Herbst 1989 erfahren haben, gibt es nicht eine Stadt in den neuen Bundesländern, in der Straßennamen an die Ereignisse erinnern würden. Man hätte ja nicht gleich den Berliner Alexanderplatz in ‘Platz des 4. Novembers’ umbenennen müssen, auch wenn dort 1989 die größte Demonstration der deutschen Geschichte stattgefunden hat. Aber es wäre doch verlockend gewesen, etwa den Leipziger Karl-Marx-Platz in ‘Platz der Montagsdemonstration’ umzubeneden anstatt ihm seinen traditionellen Namen wiederzugeben.

Interessanterweise bezieht sich auch die - inzwischen wieder etwas abebbende - ‘Ostalgie’ in keiner Weise auf die Bürgerbewegung. Die ostdeutschen Abgrenzungsversuche gegen die westdeutsche Dominanz beziehen sich ausschließlich auf die ‘guten alten DDR-Tage’ - von einer

positiven Rückbesinnung auf die Demokratiebewegung kann nicht die Rede sein. Das verwundert schon, wenn man sich bewußt macht, daß die Teilnahme an den Demonstrationen für viele DDR-Bürger bis heute zu den Sternstunden ihrer Lebensgeschichte gehört.

Verwunderlich finde ich schließlich auch die Tatsache, daß die Visionen, die 1989 die Protestwelle inspiriert haben, in den aktuellen Diskussionen der Bundesrepublik keine Rolle spielen. Wer gedacht hatte, daß die politischen Vorstellungen der demokratischen Massenbewegung in die gesamtdeutsche Diskussion um Demokratie, Bürgergesellschaft und Nation eingehen würden, sah sich getäuscht. Obwohl die Protestbewegung ein Beispiel für bürgerschaftliches Engagement par excellence darstellt, haben ihre Ziele und Überzeugungen keinen Eingang in die Debatten gefunden.

Die Tatsache, daß auch die wissenschaftliche Forschung ein gewisses Desinteresse an dem Forschungsgebiet 'DDR-Bürgerbewegung' zeigt, rundet das Bild gewissermaßen ab: Die Protestbewegung ist aus dem kollektiven Gedächtnis der neuen Bundesrepublik ebenso schnell verschwunden wie ihre Protagonisten aus der Öffentlichkeit.

Was sind die Gründe für diese wirklich erstaunliche Tatsache? Sicherlich nicht die mangelnde Faszination der Ereignisse. Die Frage der Süddeutschen Zeitung in der Silvesterausgabe 1989, wieviel Geschichte ein gesunder Erwachsener pro Tag wohl erträgt, war durchaus nicht nur rhetorisch: War man bis dahin gewohnt, bei geschichtlichen Prozessen in Jahren, Jahrzehnten, wenn nicht Jahrhunderten zu denken, strafte die Ereignisse des Herbstes 1989 alle Annahmen über langwierige Entwicklungsprozesse Lügen. Wie im Zeitraffer brach unter dem Druck der Massenbewegung ein Regime zusammen, das vierzig Jahre lang in der Selbst- wie in der Fremdwahrnehmung zu den stabilsten Ländern des Ostblockes gehört hatte.

Aus zwei 'Rinnsalen' des Protestes - den ersten Montagsdemonstrationen in Leipzig und den im September 89 gegründeten oppositionellen Gruppen - entwickelte sich binnen weniger Wochen eine Bewegung, der gelang, was noch keine Bewegung vor ihr geschafft hatte: sie erfaßte ein ganzes Land, vom Norden bis in den Süden, sie erfaßte nicht nur bestimmte Städte, sondern die Metropolen ebenso wie die Kleinstädte und Dörfer, nicht nur bestimmte soziale Gruppen, sondern tatsächlich 'das Volk': jung und alt, Frauen wie Männer, Schüler wie Rentner, Arbeiter wie Studenten.

Im Zeichen der deutschen Einheit ebte die Protestwelle allerdings im Dezember 1989 fast innerhalb von Tagen wieder ab. Die Bürgerbewegung hatte sozusagen ihre Aufgabe erfüllt, das SED-Regime überwunden und die Voraussetzungen für eine demokratische Entwicklung geschaffen - die Ausgestaltung dieser Entwicklung aber konnte sie nicht mehr beeinflussen. Die Bewegung scheiterte an dem Versuch, den erfolgreichen Ausbruch aus dem SED-Regime in einen Aufbruch zu einem neuen Gesellschaftstyp zu übersetzen.

Dies ist sicherlich der wesentlichste Grund für das eingangs geschilderte Mauerblümchen-Dasein der Protestbewegung im öffentlichen Bewußtsein. Die Vereinigung verdeckt bis heute ihre Vorgeschichte, und zwar positiven wie negativen Sinn: für die einen symbolisiert die Vereinigung die Niederlage der eigenen Ideale gegen eine materialistische Masse, der Bananen wichtiger waren als die Demokratie; für die anderen stellen die Proteste eben nur die Vorgeschichte, die Fußnote zur deutschen Einheit und ihren Folgen dar.

Mag dieser Verdrängungsprozeß aber vielleicht die mangelnde öffentliche Aufmerksamkeit erklären, so muß man sich doch fragen, warum sowohl die '89er als auch ihre Vorstellungen und Visionen keine Rolle in einer breiten gesellschaftspolitischen Diskussion spielen, die seit Jahren um den zentralen Begriff der Bürgerbewegung kreist: um die Zivilgesellschaft. Denn ohne Zweifel hatten die mittel- und osteuropäischen Demokratiebewegungen einen maßgeblichen Anteil an der Renaissance dieses Begriffes. Mittlerweile kann man jedoch den Eindruck gewinnen, daß die westliche Diskussion die Standpunkte der damaligen Dissidenten überholt hat, so daß diese in den Debatten keine Rolle mehr spielen. Meiner Meinung nach ist nicht zuletzt dies ein Anlaß, die damaligen Vorstellungen noch einmal kritisch zu hinterfragen und zu würdigen.

Es war vor allem die Erfahrung des Prager Frühlings, die dazu führte, daß die bis dahin reformsozialistischen Ansätze der Dissidentengruppen in Osteuropa zugunsten der Vision einer zivilen Gesellschaft aufgegeben wurden. Die gewaltsame Beendigung des Prager Frühlings durch das sowjetische Eingreifen hatte nachhaltig demonstriert, daß tiefgreifende politische, wirtschaftliche und institutionelle Reformen auf nationaler Ebene durch die Hegemonie der Sowjetunion unmöglich waren. Darüber hinaus wurde 1968 deutlich, daß die jeweils nationalen kommunistischen Parteien keinerlei Spielraum für politische Reformen hatten.

Vor diesem Hintergrund vollzogen sich die entscheidenden Neuorientierungen der oppositionellen Denk- und Handlungsmuster: An die Stelle der Entwicklung abstrakter, reformsozialistischer Gesellschaftsmodelle trat das Individuum als Mittel- und Bezugspunkt des Denkens und die

Reformhoffnungen der Oppositionellen verlagerten sich von der avantgardistischen Führung der Partei in die Selbstorganisation der Gesellschaft. Diese Lernprozesse führten dazu, daß in allen osteuropäischen Ländern Konzepte entwickelt wurden, die sich erstens untereinander frappierend glichen, und die sich zweitens nahtlos in die ideengeschichtliche Tradition der Vorstellungen einer zivilen Gesellschaft einfügten.

Dies ist angesichts der repressiven Rahmenbedingungen kaum ein Zufall. In den staatssozialistischen Regimen ging es ebenso wie unter den absolutistischen Monarchen darum, die Autonomie des Individuums gegenüber dem absoluten Machtanspruch der Herrschenden zu verteidigen. Dementsprechend weisen die osteuropäischen Zivilgesellschafts-Konzeptionen der 1970er und 80er Jahre dieselben Ziele und Funktionen auf wie ihre 'klassischen' Vorläufer. Dies sind:

- die Locke'sche Funktion der *civil society* als Schutzraum vor staatlichen Eingriffen in die private und öffentliche Sphäre;
- die Montesquieu'sche Funktion der *société civile*, die durch unabhängige und geschützte Assoziationen der Bürger ein ziviles Gegengewicht zur staatlichen Machtausübung bilden sollte;
- die Toqueville'sche Funktion der Zivilgesellschaft als 'Schule der Demokratie', in der die Bürger in zivilen Vereinigungen die Möglichkeit erhalten sollten, demokratische Umgangsweisen und Denkmuster einzuüben, um so ein lebendiges Fundament einer demokratischen Gesellschaft zu entwickeln; und nicht zuletzt
- die Habermas'sche Funktion der Zivilgesellschaft als herrschaftsfreier Raum der Kommunikation und Kritik, die im vorpolitischen Raum selbstbestimmte Partizipationsformen schafft und eine pluralistische Interessenartikulation gewährleistet.

Die Attraktivität, die diese Vorstellungen auf die Oppositionsgruppen in Osteuropa ausübten, ist offensichtlich: die Idee einer zivilen Gesellschaft erlaubte es, fundamentale Kritik an den Systemen zu üben, ohne sie politisch direkt anzugreifen, also ohne sie auf einer machtpolitischen Ebene zu attackieren. Dies wäre angesichts der gegebenen Machtverteilung nicht nur völlig aussichtslos gewesen, sondern auch immens gefährlich. So aber richteten sich die Erwartungen und Hoffnungen der Dissidenten auf die Gesellschaft, die sich selbst aus den Regimen befreien sollte.

Die eigentliche Faszination der osteuropäischen Zivilgesellschafts-Konzepte geht aber natürlich weniger von ihrer ideengeschichtlichen Bedeutung aus, sondern vor allem von der Tatsache, daß sich diese Konzepte im Jahr 1989 in beispiellose Massenproteste übersetzten. Nicht umsonst hat Hartmut Zwahr die Bürgerbewegung in der DDR mit dem Schlagwort der 'Selbstbefreiung' umschrieben - es war eben der zivilgesellschaftliche Glaube an die 'befreiende' Wirkung eines aktiven, individuellen Engagements, der den Massenprotesten ihre Dynamik verlieh. Gleich ob in den Friedensgebeten, in den oppositionellen Gruppen, auf den Demonstrationen, in den zu Hunderten entstehenden Bürgerkomitees und Bürgerwachen oder an den Runden Tischen - überall war es die antitotalitäre Qualität einer staatsunabhängigen, zivilen Öffentlichkeit, die Hunderttausende in ihren Bann zog.

Vor allem aber erwiesen sich die praktischen Konsequenzen, die sich aus den Konzepten ergaben, als hochgradig angemessen, um den autoritären Systemen den Boden zu entziehen: Denn mit zentralisierten Organisationsformen und gewalttätigen Aktionen wäre es nicht gelungen, die Repressionsmechanismen des SED-Regimes zu unterlaufen. Die landesweiten Aktionen, die auf basisdemokratischer und dezentraler Eigeninitiative und nicht auf zentraler - und damit leicht zu unterbindender - Koordination beruhten, verurteilten die Sicherheitskräfte letztendlich zu machtlosen Zuschauern und eröffneten der Bewegung ein ungeahntes Mobilisierungspotential.

Zugleich stellte die strikte Gewaltlosigkeit der Demonstranten die Staats- und Sicherheitsorgane vor ein Repressionsdilemma, das jede staatliche Gegenmaßnahme über kurz oder lang zum Scheitern verurteilte. Nicht zuletzt auch die - später oft beklagte - moderate Ausrichtung und programmatische Offenheit der oppositionellen Gruppen erwiesen sich als Vorteile, weil sie die Hemmschwellen der Teilnahme senkten und der Bewegung in der Bevölkerung große Sympathien sicherten. Der explizite Verzicht auf die Macht schließlich stellte den zentralen Ansatzpunkt zur Delegitimierung der SED-Herrschaft dar.

Man hätte - um auf die Ausgangsfrage zurückzukommen - daher durchaus erwarten können, daß sich die Bohleys, Schorlemmers und Reichs mit diesen Erfahrungen in die Debatten der Bundesrepublik einmischen, anstatt mehr oder weniger stillschweigend aus der Öffentlichkeit zu verschwinden. Ein wesentlicher Grund für diese Nicht-Einmischung liegt meiner Meinung nach in einem charakteristischen Zug der osteuropäischen Zivilgesellschafts-Konzeptionen, der allzu oft übersehen wird.

Denn auch wenn man die Charta 77, die Solidarnosc und das Neue Forum mit Recht in die ideengeschichtliche Tradition der Zivilgesellschafts-Konzepte einordnen kann, unterscheiden sie sich von diesen an einem zentralen Punkt fundamental: von Montesquieu bis Michael Walzer gingen und gehen alle Ansätze einer zivilen Gesellschaft von einer organischen Wechselbeziehung zwischen Staat und Gesellschaft aus: eine zivile Gesellschaft bildet das unerläßliche Fundament eines demokratischen Staates, dessen Aufgabe es wiederum ist, die rechtlichen und sozialen Voraussetzungen für die Entfaltung einer Zivilgesellschaft zu gewährleisten.

Anders die osteuropäischen Ansätze, die auf einem grundsätzlichen Wesensgegensatz von Staat und Gesellschaft aufbauen. Für sie ist dort, wo Staat ist, kein 'Leben in Wahrheit' - um es mit Václav Havel zu sagen - möglich. Geprägt durch das Erlebnis der allgegenwärtigen Durchstaatlichung war eine positive Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft für die osteuropäischen Theoretiker nicht vorstellbar.

Alle Ansätze zielten deshalb darauf ab, den Staat nicht zu demokratisieren, sondern abzuschaffen bzw. zu überwinden. Der Begriff einer legitimen Herrschaft hatte in dieser Konzeption keinen Platz; ein repräsentatives Demokratiemodell wurde bestenfalls als Notlösung, nicht aber als erstrebenswertes Ziel gesehen. Die zivile Gesellschaft osteuropäischer Prägung sollte den Staat überflüssig machen, indem an seine Stelle eine herrschaftsfreie Gemeinschaft mündiger Bürger trat, die sich selbst organisieren und selbst verwalten sollte.

Diese Überzeugung machte allen osteuropäischen Dissidenten den Anschluß an die westlichen Debatten schwer. Dies gilt für Václav Havel ebenso wie für Bärbel Bohley, die 1991 eine ebenso resignierte wie charakteristische Bewertung ihres Engagements gab: 'Wir haben Gerechtigkeit gewollt, aber den Rechtsstaat bekommen.' Von einem solchen Standpunkt führt kaum ein Weg in den Grundkonsens der Debatten der Bundesrepublik, die noch dazu über die ganzen 80er Jahre neben dem SED-Regime der zentrale Gegenstand der Abgrenzung für die DDR-Oppositionellen war. Diese doppelte Distanz zu den westlichen Diskussionen ist sicherlich mitverantwortlich dafür, daß das faszinierende Beispiel bürgerschaftlichen Engagements, das die Bürgerbewegung ohne Frage darstellt, heute eine unverhältnismäßig marginale Rolle spielt.

Die Hoffnung, daß die Bewegung und ihre Vertreter mehr Gewicht in den zeitgenössischen Debatten bekommen, setzt auf der Seite der ehemaligen Protagonisten die Fähigkeit und die Bereitschaft voraus, ihr damaliges Engagement kritisch zu hinterfragen und ihre Positionen weiterzuentwickeln. Auf der Seite der west- wie der ostdeutschen Öffentlichkeit würde ich mir

demgegenüber mehr Aufgeschlossenheit, Aufmerksamkeit und Interesse an den damaligen Ereignissen wünschen.

Denn meiner Meinung nach kann unsere Debatte über die Probleme und Vorzüge der Zivilgesellschaft nicht an der eindrucksvollen Demonstration bürgerschaftlichen Handelns von 1989 vorbei gehen. Ich würde mich daher sehr freuen, wenn dieser Wissenschaftspreis dazu beitragen würde, die Neugierde an einer der spannendsten und bedeutsamsten Phasen der jüngeren deutschen Geschichte zu wecken.

# MÜNSTERANER DISKUSSIONSPAPIERE ZUM NONPROFIT-SEKTOR

- Nr.1 SCHMITZ, SVEN-UWE: Die Tugenden des Demokraten
- Nr.2 NÄHRLICH, STEFAN: International Philantropic Transfers – Länderbericht Deutschland
- Nr. 3 ZIMMER, ANNETTE/PRILLER, ECKHARD (Hrsg.): Der deutsche Nonprofit Sektor im gesellschaftlichen Wandel
- Nr. 4 GREVE, ROLF: Globalisierung der Wirtschaft
- Nr. 5 JÜTTING, DIETER: Lokale Vereinslandschaften und sozialer Reichtum
- Nr. 6 KLEIN, ANSGAR: Wettstreit der Ideen – Die Diskurse der Zivilgesellschaft
- Nr. 7 KEVENHÖRSTER, PAUL: Kampf der Kulturen oder multikulturelle Welt?
- Nr. 8 GABRIEL, KARL: Kirche und Glauben im gesellschaftlichen Wandel
- Nr. 9 CREDE, DANIELA: Der Verein als - zentrales (?) - Element bürgerschaftlichen Engagements
- Nr. 10 PRILLER, ECKHARD/ZIMMER, ANNETTE: Der Dritte Sektor in Deutschland. Seine Perspektiven in neuen Millenium
- Nr. 11 ZIMMER, ANNETTE (Hrsg./Ed.): Annotierte Bibliographie zum Dritten Sektor in Deutschland. Annotated Bibliography: The Third Sector in Germany
- Sonderband 1: TIMMER, KARSTEN: Vortrag anlässlich der Verleihung des Wissenschaftspreises "Aktive Bürgerschaft" 2000 im Franz Hitze Haus, Münster 23. Juni 2000
- Sonderband 2: ZIMMER, ANNETTE: Die Zukunft der Arbeit in Europa. Vortrag auf dem Kolloquium "Europa und die Politikwissenschaft in Münster" – 30 Jahre Institut für Politikwissenschaft der Universität Münster im Franz Hitze Haus am 30. Juni – 1. Juli 2000
- Sonderband 3: ZIMMER, ANNETTE (ED.): The Third Sector in Germany

Arbeitsstelle Aktive Bürgerschaft  
Institut für Politikwissenschaft  
Westfälische Wilhelms-Universität Münster

Scharnhorststraße 100, 48151 Münster  
Tel. (0251) 8329443, Fax (0251) 8329356  
email: [aktivebs@uni-muenster.de](mailto:aktivebs@uni-muenster.de)  
[www.dritte-sektor-forschung.de](http://www.dritte-sektor-forschung.de)